Absender

U.S. Departement of Justice,
Attorney General William Barr,
950 Pennsylvania Avenue, NW,
Washington D.C. 20530-0001

Ort: Absender-Ort

Datum: Absender-Datum

via Telefax: 001 20230 71197

Dringlichkeit: dringend

Offizielle und öffentliche
Strafanzeige mit Strafantrag zur Strafverfolgung

gegen

Vorname Angeklagter Nachname Angeklagter

Straße Angeklagter Hausnummer Angeklagter

PLZ Angeklagter Ort Angeklagter

wegen

Grund der Strafanzeige

durch

Benennung des Verstosses gegen Gesetz oder Verordnung

Kurzer Sachverhalt, Begründung, Beweise
Ort des Geschehens, Datum des Geschehens, Kurze Erläuterung

Kurzer Sachverhalt...

I. **Rechtliche Grundlagen:**

Für ein derartiges Verbrechen an der Menschlichkeit trägt der/die Beschuldigte (Angeklagter) die volle

persönliche und alleinige Verantwortung. Zu gegebener Zeit wird sich dieser vor einem Militär-Gericht / Tribunal der Alliierten in Nürnberg 2.0 verantworten müssen.

Dieses begründet sich aus der Tatsache, dass Deutschland eine Kolonie der USA ist und seit dem **29. September 1990 weiterhin unter Besatzungsrecht** steht.

Siehe Anlage IA
Bundesgesetzblatt Jahrgang 1990, Teil II S. 1386, Bekanntmachung der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten.

Artikel 2. Abs. 1

Unter Ziffer 3 wurde bestimmt, dass unter anderem Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages von 1954 in Kraft bleibt. (vgl. BGBI. 1955 II S. 405, Anlage IB)

Zur Erläuterung:

Der Überleitungsvertrag regelt die Besatzung der deutschen Gebiete. Da dieser Vertrag weiterhin in Kraft ist, folgt daraus, dass Deutschland noch immer von den Drei Mächten besetzt ist.

(vgl. dazu Bestätigungs-Schreiben des Bundesministeriums der Justiz vom 29. März 2004 – Besatzungsrecht der Alliierten weiterhin in Kraft, Anlage IC)

II. In der Bundesrepublik Deutschland gültiges Besatzungsrecht

Alliierte gültige Gesetze:

Deutschland ist seit dem Ende des Zweite Weltkriegs kein souveräner Staat mehr, sondern ein militärisch besetztes Gebiet der alliierten Streitkräfte (SHAEF).

Mit Wirkung vom 12. September 1944 wurde Deutschland durch die Hauptsiegermacht USA beschlagnahmt. (vgl. SHAEF-Gesetz Nr. 52, Anlage IIA). Die Rechtsgrundlagen für die Besatzungsmächte sind die SHAEF-Gesetze und die HLKO, insbesondere zu beachten ist der Art. 43.

In einem besetzten Land steht Haager Landkriegsordnung (HLKO) somit über den Gesetzen und Rechtsnormen des besetzten Landes. Sie ist also jus cogens, damit also zwingendes Recht.

Die Treuhandverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (GG 133) und Besatzungsmacht des 3. Reiches BRD, haben sich nach den SHAEF-Gesetzen und der HLKO auszurichten.

Zitat von Wolfgang Schäuble:

„Und wir in Deutschland sind seit dem 08. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

III. SHAEF

Supreme Headquaters Allied Expeditionary Forces (Oberkommando der Alliierten Streitkräfte)

Am 04.04.2020 hat der Kommandierende Generalleutnant Christopher Cavoli – United States Hauptquartier Wiesbaden – öffentlich bekanntgegeben, dass die U.S. Army Europe eine Regierungs-Institution in Deutschland ist: eine Regierungs-Behörde.

Defender 2020 wurde somit zum SHAEF-Kommando umgewandelt zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Siehe Anlage IIIA

Militär-Regierung Deutschland, GG – Artikel 120 / Besatzungskosten:
„Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten…"

Aufgrund der Wieder-Inkraft-Setzung des Besatzungsrechts der Alliierten seit dem 29. September 1990 für die Bundesrepublik Deutschland, gelten somit die von der Alliierten proklamierten SHAEF-Gesetze und die HLKO – Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907.

Das bedeutet: dass nach Artikel 43 Haager Landkriegsordnung alle Besatzungsgesetze für die BRD weiterhin uneingeschränkt Gültigkeit auf deutschem Boden haben.

IV. HLKO / Artikel 43

„Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser (USA) alle von ihm abhängigen Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten…"

In einem Schreiben vom 9. März 2015 hat das Bundespräsidialamt in Berlin – Prof. Dr. Stefan Pieper – mitgeteilt, dass die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung auch weiterhin für die Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit haben.

- - - Bei Bezugnahme auf ein Länderrecht - - -

Auf den Übertrag vom Bundestag auf die Länder kann sich nicht berufen werden, da die Übertragung Ende April 2020 illegal und ohne rechtliche Grundlage erfolgt ist.

Begründung:

Deutscher Bundestag / Bundesrepublik Deutschland

Firmen-Nummer: 0833.759.342

Protokollierter Firmensitz: Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Firmenstatus: im Februar 2020 gelöscht.

- - -

Deutscher Bundestag / Bundesrepublik Deutschland

Zweigniederlassung Square de Meeus 40, 1000 Bruxelles, Land Belgien

Tätigkeit: Extraterritoriale organisaties en lichamen

Gründungsdatum: 01.11.2010 → gelöscht.

- - -

Sigmar Gabriel (Bundesaussenminister der ehem. BRD)

Auf dem SPD Parteitag in Dortmund am 27.02.2010 sagte Sigmar Gabriel folgendes:

Zitat: „Wir haben gar keine Bundesregierung, Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungs-Organisation in Deutschland, das ist das, was sie ist“

Bei Rückfragen: Sigmar Gabriel, Kiefernbrink 1, 38640 Goslar, Tel. 05321-42689

In Anbetracht der unwiderlegbaren Tatsache, dass das Besatzungsrecht der Hauptsiegermacht USA des WK II vollumfänglich für die Bewohner der BRD in Kraft ist, trägt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika – die Trump-Administration – für die Sicherheit und Unversehrtheit der deutschen Bevölkerung die volle und alleinige Verantwortung.

SHAEF-Gesetz Nr. 4 – Ziffer 4

Haben die Alliierten alle Bewohner der BRD (GG Art. 133 – Vereinigtes Wirtschaftsgebiet – kein Staat!) darüberhinaus in Kenntnis gesetzt, dass das Besatzungsrecht vollumfänglich in Kraft ist.

V. Strafen bei gültigen SHAEF Gesetzen:

Zitat: „Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieser Gesetze wird im Falle der Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung nach Ermessen mit jeder gesetzlich zulässigen Strafe, einschließlich der TODESSTRAFE, geahndet.

Benennung der Strafhandlung

Dafür muss er / sie zur Verantwortung gezogen werden. Für diese widerrechtlich getroffene Entscheidung und Verstoß gegen die SHAEF Gesetze der Alliierten und HLKO muss sich Angeklagte(r) vor einem Militärgericht der Alliierten in Wiesbaden in Kürze

verantworten. Militär-Tribunale finden bereits auf Guantanamo statt.

Begründung:

Seit dem 04.04.2020 ist laut dem Kommandeur von SHAEF Christopher Cavoli die Regierungs-Institution (Regierungs-Behörde) Militär-Regierung für Deutschland – aktiv.

Angeklagte(r) Mit Verstoss hat der/die die aktivierten SHAEF –

Gesetze der USA, sowie die Verkündung der Regierungs-Institution – „Militär-Regierung für Deutschland“ – seit dem 04.04.2020, des kommandierenden Generalleutnant Christopher Cavoli der SHAEF-Truppen (Wiesbaden), wissentlich unterlaufen und somit die amerikanische Trump-Administration betrogen und darüber hinaus schwere Verstöße gegen die SHAEF-Gesetzgebung der Alliierten, gegen die Haager Landkriegsordnung (HLKG) sowie gegen bestehende Kontrollratsgesetze und gegen das Völkerrecht begangen.

Im April 2020 hat Präsident Vladimir Putin den „Alliierten Kontrollrat für Deutschland“ in Berlin wieder aktiviert. Die Vorsitzenden des Alliierten Kontrollrats für Deutschland sind:
Präsident Vladimir Putin und Präsident Donald Trump.

VI. Strafantrag

Beim Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika – Seiner Exzellenz Richard Grenell – wird beantragt, gegen Beklagter – wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen

Benennung des Verstosses die

EXCECUTIVE ORDER des US-Präsidenten Donald Trump vom 20. Dezember 2017 Nr. 13818 „Sperrung des Eigentums von Personen, die an schweren Menschenrechtsverletzungen und Korruption beteiligt sind“

In Anwendung zu bringen.

Die Executive Order des US-Präsidenten Donald Trump vom 20. Dezember 2017 mit der Nr. 13818 gilt national sowie international.

- - - Falls Politiker oder Behörden involviert sind - - -

Es wird weiterhin beantragt, dass auch die Executive-Order on Modernizing Sanctions to Combat Terrorism des US-Präsidenten from White House vom 10. September 2019 in Anwendung gebracht wird.

Diese Anordnungen (Dekrete) des US-Präsidenten verschaffen dem Finanzministerium, sowie dem Heimatschutzministerium der USA, sowie seiner Kolonie BRD, zur Terrorbekämpfung weltweit weitere Befugnisse.

Konkret werden dadurch jene Personen ins Visier genommen (z. B. Angela Dorothea Kasner – Merkel – die jegliche Form des Terrorismus finanziert und dabei geholfen haben, Terroristen für Anschläge im Ausland auszubilden.

Personen, die sich dessen schuldig gemacht haben, sollen vom Finanzministerium der USA enteignet werden.

Finanzielle Mittel werden eingefroren und diese Personen verlieren den Anspruch auf jegliche Besitzgüter, bis ein endgültiges Urteil von einem US-Gericht gesprochen wird.

Mit dieser Excecutive Order vom 10 September 2019 geht der US-Präsident Donald Trump gegen die Quelle des Übels vor und wird damit die Netzwerke ausschalten, welche Terror finanzieren und unterstützen – so wie Angela Merkel.

Angela Merkel hat nachweislich aus deutschen Steuergeldern eine Spende von 40 Millionen Euro an die Clinton Stiftung nach New York überwiesen.

Aufgrund der Ermittlungen des Generalstaatsanwalts der USA, William Barr gegen die Clinton Stiftung ist zu Tage gefördert worden, dass die Clinton Stiftung mit den Spendengeldern Al-Qaida und die ISIS Terror Gruppe finanziert haben als Hillary Clinton noch Außenministerin der USA unter Obama war.

Angela Merkel weiß inzwischen was im Rahmen der Ermittlungen der Trump-Administration auch auf sie zukommen wird. Die Wahrheit kommt ans Licht. Dieser Prozess ist unumkehrbar.

Man denke nur an die Zitteranfälle von Merkel bei Staatsempfängen.

(Adrenochrome) im Internet suchen!

Im April 2020 hat die New York Times darüber berichtet, dass die Freundin von Angela Merkel, Hillary Clinton, in den USA vom Generalstaatsanwalt William Barr wegen Landesverrat in Bezug auf einen Uran-Deal mit Russland angeklagt wird, sowie das Bomben-Attentat auf Bengasi sowie die 30 Tausend E-Mails, welche Hillary Clinton gelöscht hat, die aber vom NSA-Spezialisten wieder zurückgeholt wurden und als Beweis für ihre Verbrechen dienen.

Für den Uran-Deal mit Russland kassierte Hillary Clinton $145 Millionen für die Clinton-Stiftung. Aufgrund der Verbrechen von Hillary Clinton gegen das amerikanische Volk (Hochverrat) hat das oberste Berufungsgericht der USA entschieden, das Hillary Clinton am 09. September 2020, vor Gericht erscheinen muss.

Für Hillary Clinton bedeutet dieser Hochverrat an den USA Militär-Tribunal auf Guantanamo. Präsident Trump hat ja bereits öffentlich verkündet, dass die Verbrechen von Angela Merkel astronomisch sind.

In Anbetracht der aufgezeigten schweren Menschenrechtsverletzungen, sowie die Tatbestände der schweren Verstöße gegen die SHAEF-Gesetzgebung der Alliierten, gegen die Haager Landkriegsordnung Art. 43 (HLKO), sowie gegen bestehende Kontrollratsgesetze, gegen das Völkerrecht und die Genfer Konvention für die BRD, wird hiermit gegen

Beklagte-r

Strafantrag und Strafanzeige beim zuständigen

U.S. Departement of Justice,
Attorney General William Barr,
950 Pennsylvania Avenue, NW,
Washington D.C. 20530-0001

gestellt.

Darüber hinaus wird gegen Beklagte-r

Strafantrag und Strafanzeige gestellt am

Internationalen Strafgerichtshof Den Haag auf Grundlage der Römischen Statuten vom 04. November 1950 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung der Protokolle Nr. 11 und 14 samt Zusatzprotokoll und Protokolle Nr. 4, 6, 12 und 13 durch

Benennung des Verstoßes gegen Gesetz oder Verordnung

Ort ,

Datum

Unterschrift

ZU DEN ANLAGEN / RECHTSGRUNDLAGEN

(www.befreit-die-kinder.de/rechtsgrundlagen)